



Herrn Landrat Mario Löhr - im Hause -



07.02.22

Tagesordungspunktaufnahmeverlangen DIE LINKE - UWG - Selm

• Steigende Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen

Sehr geehrter Herr Landrat Mario Löhr,

die Fraktion Die Linke/UWG-Selm bittet Sie für die Sitzung des Ausschusses Arbeit, Soziales, Inclusion und Familie am 22.02.2022 sowie des Kreisauschusschusses und Kreistages am 14./15.03.2022 den Tagesordnungspunkt "Steigende Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen" mit aufzunehmen.

Begründung:

Seit Monaten **explodieren** die Energiekosten, massive Preiserhöhungen bei Strom und Gas machen den Menschen in ganz Deutschland zu schaffen. Die Kosten für Öl und Gas steigen immer weiter, ein Ende ist nicht abzusehen. Insbesondere, Haushalte mit geringem Einkommen, werden dadurch überproportional bei den Wohnkosten belastet.

Dass es einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger geben soll, ist zwar ein richtiger Schritt - immerhin profitieren davon diese Haushalte -, doch was ist mit den Menschen, die kein Wohngeld bekommen und trotzdem gerade nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen zahlen sollen? Für Hartz-IV-Empfänger werden gerade einmal 38 Euro Energiegeld veranschlagt. Geld vom restlichen Satz abzuzweigen, wird auch kaum möglich sein. Der ist 2022 um drei Euro angehoben worden. Drei Euro im Monat!

Dieses Thema hat nicht nur im Kreis Unna sondern auch überegionle Bedeutung. Daher sollte es sowohl in dem zuständigen Fachausschuss sowie den Kreisausschuss und Kreistag behandelt und politisch diskutiert werden. Besonders unter dem Aspekt, welche kurzfristigen "Hilfsmöglichkeiten" hat der Kreis Unna.

Als Einstieg bitten wir deshalb insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Welche Kenntnisse und Rückmeldungen hat die Verwaltung über schon jetzt sichtbar werdende Auswirkungen der steigenden Energiepreise für Leistungsbezieher*innen nach SGB II, SGB XII sowie nach Asylbewerber*innenleistungsgesetz?
- 2. Welche Auswirkungen haben die steigenden Energiekosten auf die Bewertung der Angemessenheit der Wohnungen von Leistungsbezieher*innen?

3. Da die Stromrechnungen aus dem Regelsatz bezahlt werden müssen, kann es bei steigenden Strompreisen zu Problemen bei der Bezahlung kommen. Wie können eventuelle Stromsperren verhindern werden

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Beste Grüße

Dr. Hubert Seier

- Fraktionsvorsitzender-

DIE LINKE - UWG-Selm im Kreistag Unna